

Berlin, den 16. Februar 2012

PRESSEMITTEILUNG

■ Partnermonate beim Elterngeld ausweiten – Kitaplätze bereit stellen

Das Elterngeld ermöglicht jungen Eltern sich im ersten Lebensjahr um ihr Baby zu kümmern und dies für viele weitgehend befreit von finanziellen Sorgen. So das erfreuliche Ergebnis einer Evaluation (DIW) des Elterngeldes 5 Jahre nach Einführung dieser Leistung. Die Beliebtheit des Elterngeldes steigt auch bei den jungen Vätern ständig, bereits 25 % der Väter nehmen zumindest die zwei Partnermonate. In dieser Zeit kümmern sie sich intensiv um das Kind. Damit erleichtern sie der Mutter den Wiedereinstieg in den Beruf. Denn die Erwerbstätigkeit der Mütter im zweiten Lebensjahr des Kindes ist gestiegen, vor allem der Mütter mit niedrigen Einkommen. Da das Elterngeld auf 14 Monate begrenzt ist, darf dahinter nicht nur freier Wille, sondern auch der Zwang der Einkommenssicherung vermutet werden. Der frühe Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit kommt den Müttern aber langfristig zugute, denn ihre Position auf dem Arbeitsmarkt ist durch eine kürzere Unterbrechung deutlich besser und auch für ihre spätere Alterssicherung ist das von Vorteil. Besonders diesen Müttern würde das geplante Betreuungsgeld wenig nützen, es bessert die Haushaltskasse zu wenig auf und führt langfristig zu großen Nachteilen. Eltern im Hartz-IV-Bezug haben ohnehin weder etwas vom Elterngeld noch vom Betreuungsgeld.

„Die für das Betreuungsgeld geplanten Mittel wären anderswo wirklich besser aufgehoben“, sagt die Präsidentin der eaf, Christel Riemann-Hanewinkel. „Z. B. zur weiteren Unterstützung des Ausbaus der Kitaplätze für die unter Dreijährigen, denn zum einen wird die Quote von 35 % bis 2013 nur mit Mühe erreicht und zum anderen werden sie nicht reichen, weil viel mehr Eltern einen Betreuungsplatz für ihr Kind suchen“. Eltern haben ab 2013 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr. Und nur mit einer guten Unterbringung für ihr Kind können sie motiviert und beruhigt ihrer Arbeit nachgehen. Aber auch die im Koalitionsvertrag geplante und dann auf Eis gelegte Ausweitung der Partnermonate wäre erheblich sinnvoller als das Betreuungsgeld. Die Väter hätten eine echte Chance Betreuungsaufgaben wahrzunehmen und eine intensive Beziehung zu ihrem Kind von Anfang an aufzubauen. Damit können auch die Partnerschaft und die gemeinsame Verantwortung der Eltern wachsen.

■ Christel Riemann-Hanewinkel
Präsidentin

■ Dr. Insa Schöningh
Bundesgeschäftsführerin

Auguststraße 80
10117 Berlin
Telefon: 030 | 28 39 54 00
Telefax: 030 | 28 39 54 50
info@eaf-bund.de | www.eaf-bund.de

Beides wären sinnvolle Maßnahmen einer nachhaltigen und modernen Familienpolitik, die engagiert weiter verfolgt werden muss. Die Ergebnisse der Evaluation zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind, so Frau Riemann-Hanewinkel.

Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen e. V. (eaf) ist der familienpolitische Dachverband in der Evangelischen Kirche Deutschlands.